Abend-Ausgabe Nr. 192 Montag, 25. April 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.90, durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 46,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Lieysch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1005 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise n. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Offertengeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage

Anordnung Görings über jüdische Gewerbebetriebe

Berlin, 25. April.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, hat eine „Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" erlassen, die mit dem Tage ihrer Verkündung, dem 22. April 1938, in Kraft getreten ist.

Die Verordnung bestimmt, daß ein deutscher Staatsangehöriger, der aus eigennützigen Beweggründen dabei mitwirkt, den jüdischen Charakter eines Gewerbebetriebes zur Irreführung der Bevölkerung oder der Behörden bewußt zu verschleiern, mit Zuchthaus, in weniger schweren Fällen mit Gefängnis, jedoch nicht unter einem Jahre, und mit Geldstrafe bestraft wird. Ebenso wird bestraft, wer für einen Juden ein Rechtsgeschäft schließt und dabei unter Irreführung des anderen Teils die Tatsache, daß er für einen Juden tätig ist, verschweigt.

Diese Verordnung, die auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 ergangen ist, bedeutet den Auftakt zu der grundsätzlichen Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft. Zu den Problemen, die hierbei noch offen stehen, gehört nicht zuletzt auch das der einheitlichen und klaren Kennzeichnung jüdischer Geschäfte.

Verlängerung der Osterruhe in Oesterreich

Wien, 25. April.

Der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Oesterreich, Bürckel, erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Regelung der personellen und organisatorischen Angelegenheiten in Oesterreich macht die Verlängerung der Osterruhe bis 10. Mai notwendig. Bis zu diesem Termin werden alle Vorbereitungen ihren Abschluß gefunden haben. Von den Wahlleitungen sind bis zu diesem Termin die ordentlichen Mitglieder der NSDAP karteimäßig zu erfassen. Es ergehen hierüber umgehend besondere Anweisungen.

Hans Krebs / Zu seinem 50. Geburtstage am 26. April

Von Hans Christoph Kaergel

Wer in seinem Volke steht und für sein Volk kämpft, ist immer zugleich Symbol für die Gemeinschaft. Wenn man darum von seinem eigenen Einzelschicksal und Kampf spricht, so wird man sein Werk nicht über die anderen hinausheben; es ist dann zugleich das Schicksal der unbekannten und ungenannten Kämpfer. Das allein gibt für einen Nationalsozialisten das Recht, von seinem besonderen Kampf zu sprechen. Niemand, der mit im Kampfe stand, wird darin eine besondere Glorifizierung sehen, sondern zugleich seinen eigenen Kampf im Kampf der Gemeinschaft bestätigt finden. Das gilt nun besonders für Hans Krebs, der niemals anders gelebt und gehandelt hat, als einer unter den anderen Kameraden. Und doch ist sein Ringen um das deutsche Volk im Sudetenraum so typisch für den großartigen Kampf der Selbstbehauptung des deutschen Volkes.

Einer seiner Vorfahren kam aus Goldberg in Schlesien, der damaligen Goldgräberstadt, nach Iglau, um hier nach Silberschätzen zu graben. Die Stadt ist dem Ahnen Heimat geworden. Damals war Iglau noch keine Volksinsel. Sie war eine Grenzburg gegen das Slawentum. Bald aber rissen die fremden Völker Iglau vom gemeinsamen Volksboden los, und nun hieß es, nach allen Seiten hin das Volkstum zu verteidigen. Die Stadt auf dem Berge mit den sieben Bergkuppen des Iglauer Ländchens wurde eine uneinnehmbare Festung des Deutschtums. Bis hinab zum kleinsten Handwerker und Arbeiter wuchs in Iglau jeder Deutsche im Abwehrkampf auf. Was dem übrigen deutschen Volke in gesicherten Grenzen Selbstverständlichkeiten waren, das wurde dem Iglauer Deutschen heiligster Besitz. Mit glühender Liebe verteidigte er seine Muttersprache, sang er das deutsche Lied, betete er deutsch zu seinem Gott und stärkte seinen Wehrwillen. Diese 40 000 Deutschen schienen unbesiegbar zu sein. Da fiel ihnen der deutsche Mensch in der letzten Habsburger-Zeit selber in den Rücken. Aus elendestem Krämergeist verschacherten die Großunternehmer der Tuchmacherstadt Iglau ihr Deutschtum. Sie holten sich die billigeren Kräfte, die tschechischen Arbeiter, in die Stadt und verdrängten den deutschen Kameraden. Schon flatterten Sokolfahnen in der alten, ehrwürdigen Stadt. Auf einmal war in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende ein Name in aller Munde: Hans Krebs! Der Schüler wurde vors Gericht gezogen, weil er den Pferden eines wilden Sokolwagens ins Geschirr gesprungen war und damit den Auftakt zur Vertreibung der ersten Sokolvereinigung gegeben hatte. Wohl drängte der Vater den begabten Jungen zum Abschluß auf einer Universität. Aber Hans Krebs ging in die größere Hochschule des deutschen Volkes, die die Menschen zum höchsten Einsatz erzog. Er erkannte als Zwanzigjähriger, daß nur der das deutsche Volk halten und retten kann, der zugleich den ärmsten Sohn des Volkes gewinnt: den Arbeiter. Während im Reiche Bismarcks der Staatsbürgerbegriff als höchster galt, erkannte hier zu Iglau ein Jüngling, daß der deutsche Volksgenosse allein die Grundlagen des deutschen Volkes bildet. Die ersten Rasseforderungen Schönerers rissen ihn auf und führten ihn unmittelbar nach der Gründung der Deutschen Arbeiterpartei nach Wien. Hier begann er in Fabriken und Vorstadtsälen vor den verhetzten Menschen zu predigen. Er schrieb die ersten flammenden Artikel gegen den Einfluß des Judentums und aller anderen fremden Rassen. Er predigte den heiligen Glauben an das ewige deutsche Volk. Und als wenige Jahre darauf das Schicksal die Entscheidungsfrage an den deutschen Menschen stellte, beantwortete er seine Forderung an den deutschen Menschen durch die Tat. Als Kriegsfreiwilliger zog er hinaus. Als Offizier, mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, verwundet und krank, kehrte er heim. Noch auf dem Krankenbett begann er wieder den Kampf. Der drohende Zerfall des einstigen Vaterlandes Oesterreich ließ ihm keine Zeit. Und obgleich im Wiener Parlament manch eine deutsche Partei vom Deutschtum redete, glaubte er doch nur an den Sieg derer, die auch den Arbeiter aus der marxistischen Verblendung zum nationalen Kämpfer mitreißen konnten.

Als der Zusammenbruch kam, versuchte Krebs mit Hans Knirsch mit seiner kleinen Partei den Widerstand zu organisieren. Vergebens! Der Verrat der Sozialisten im Reich schlug ihm die Waffe aus der Hand. So mußte im neuen tschechischen Staat der Kampf von neuem begonnen werden. Er konnte nur zum Siege geführt werden, wenn es gelang, das ganze deutsche Volk zu einen. Die Kraft zu diesem unerhörten Wagnis holten sich die Führer — darunter Hans Krebs — oft von dem großen Sohne ihres einstigen gemeinsamen Vaterlandes Oesterreich, Adolf Hitler, der von München aus mit fast an Wunder grenzenden Erfolgen das zerrissene deutsche Volk im Reiche einte. Mit Hans Knirsch zusammen eroberte sich Hans Krebs immer mehr die geistige Führung der deutschen Nationalsozialisten in Böhmen und damit aller Sudetendeutschen. Seine Streitschriften rüttelten auf. Seine Reden rissen auch die Wankelmütigsten mit. Er durfte es als Abgeordneter sogar einmal wagen, auszurufen: „Erst dann werden wir bessere Zeiten im deutschen Böhmen erleben, wenn auch auf dem Hradschin die Haken-

Geistliche müssen Treueid auf Führer und Volk leisten

Weigerung bedeutet Entlassung - Anwendung auch im Lande Sachsen

Berlin, 25. April.

Aus der Erkenntnis, daß auch im kirchlichen Dienst Amtsträger nur sein kann, wer in unverbrüchlicher Treue zu Führer, Volk und Reich steht, hat der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Dr. Werner, eine Verordnung über den Treueid der Geistlichen und der Kirchenbeamten der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union erlassen. Sie stützt sich auf eine Ermächtigung im „Deutschen Beamtengesetz".

Wer in ein geistliches Amt der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union oder als Beamter der Landeskirche, einer Kirchengemeinde oder eines kirchlichen Verbandes der Landeskirche berufen wird, hat nach der neuen Verordnung seine Treupflicht durch folgenden aus dem deutschen Beamtengesetz wörtlich übernommenen Eid zu bekräftigen:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Wer sich weigert, diesen Treueid zu leisten, ist zu entlassen. Wo eine Vereidigung noch nicht erfolgt ist, wird sie nachträglich durchgeführt. Die Bedeutung der neuen Verordnung, die als Maßnahme der kirchlichen Selbstverwaltung ergangen ist, liegt darin, daß nunmehr zum ersten Male klargestellt wird, daß die Pfarrer durch Eid an Führer, Reich und Volk gebunden sind.

Es gab zwar auch in der Vorkriegszeit eine Pfarrervereidigung, sie erfolgte aber in Preußen z. B. auf den König. Die ungeklärte Frage blieb dabei, ob dieser Eid auf den König als ein dem Staat geleisteter Eid zu werten war oder aber als ein Eid auf den König als obersten Bischof. Im nationalsozialistischen Reich sind die Pfarrer nach dieser neuen Verordnung nunmehr eindeutig dem Staat verpflichtet. Vorangegangen waren schon Mecklenburg und Thüringen mit dieser Vereidigung.

Gleichzeitig mit der Altpreußischen Union führt die Evangelische Kirche des Landes Sachsen diese Vereidigung durch.

Die übrigen Einzelkirchen im Rahmen der Evangelischen Kirche dürften folgen. Schon jetzt steht sicher, daß die Mehrzahl der Pfarrer durch den neuen Eid erfaßt wird.

Starker Eindruck der Henlein-Erklärungen im Ausland

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. April.

Die gestrige Rede Konrad Henleins, in der er die Forderungen der Sudetendeutschen noch einmal zusammenfaßte, hat in der gesamten Welt starken Eindruck gemacht. In Prag selbst findet die Rede naturgemäß ebenfalls sehr große Beachtung. Das den Regierungskreisen nahestehende Blatt „A-Zet" schreibt u. a.: „Das, was der Vorsitzende der größten deutschen Partei ausgeführt hat, ist so bedeutungsvoll für die innen- und außenpolitische Situation des Staates, daß die tschechoslowakische Regierung vor die ernstesten und entscheidendsten Erwägungen gestellt ist." Daß es in der Prager Presse auch nicht an einer völligen Verständnislosigkeit fehlt, braucht wohl nicht besonders hinzugefügt zu werden.

London: Weitgehender und deutlicher, als man erwartet

Unter der Ueberschrift „Die acht Forderungen Henleins: Selbstregierung für die Deutschen", schreibt die Londoner „Times", die Forderungen der Sudetendeutschen seien weitgehender und deutlicher als man erwartet habe. Vieles müsse jedoch von der Auslegung abhängen, und es sei möglich, daß Henleins acht Punkte als eine Verhandlungsgrundlage dienen können. Eine wirkliche Schwierigkeit scheine nur bei den Punkten 6 und 8 aufzutauchen, in denen Henlein Wiedergutmachung der den Sudetendeutschen seit dem Jahre 1918 zugefügten Schäden verlange und volle Freiheit des Bekenntnisses zur deutschen Weltanschauung fordere. „Daily Telegraph" behandelt die Henlein-Rede als die große Angelegenheit des Tages. Das Blatt enthält sich einer eigenen Stellungnahme. Im Karlsbader Bericht des Blattes wimmelt es jedoch von Angriffen, und auch in den Ueberschriften ist deutlich diese Einstellung des Blattes zu erkennen. Abschließend heißt es, die Rede Henleins und die Begeisterung, mit der sie von seinen Anhängern aufgenommen worden sei, habe unter den Tschechen eine Atmosphäre geschaffen, die eine Annäherung äußerst schwierig machen könne.

Paris bleibt ablehnend

Auch die Pariser Presse befaßt sich sehr eingehend mit der programmatischen Rede des Führers der Sudetendeutschen auf der Karlsbader Tagung. Im allgemeinen sind die Blätter der Ansicht, daß die Ausführungen Henleins nicht zu einer Entspannung in der Tschechoslowakei führen würden. Das „großzügige und edle Programm" Beneschs, so heißt es in verschiedenen Blättern, werde unter diesen Umständen nur schwer zu verwirklichen sein. Die Blätter benutzen diesen Anlaß, um wieder einmal von deutschen Ausdehnungsgelüsten zu phantasieren.

Revisionistische Kundgebung in Budapest

Die ungarische Revisionistische Liga veranstaltete am Sonntag in Budapest eine große Protestkundgebung gegen das Diktat von Trianon, an der sich 50 000 Menschen beteiligten. Die Redner führten der Menge die Ungerechtigkeiten des Trianondiktates vor Augen und forderten Gerechtigkeit für Ungarn und Revision des Diktates. Eine Entschließung, die von allen mit großer Begeisterung begrüßt wurde, unterstrich aufs schärfste die Tatsache, daß sich die Tschechoslowakei dem Bolschewismus in die Arme geworfen habe. Sie bilde daher für ihn die Brücke, die nach Mitteleuropa hinausführe und folglich eine Bedrohung für die gesamte europäische Zivilisation. Die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, die Deutschen, die Slowaken, die Ruthenen, die Polen und die Ungarn, die die Mehrheit der Einwohner dieses Staates bildeten, seien aufs äußerste unzufrieden mit der Politik der Unterdrückung und Ausbeutung. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um dieser schimpflichen Lage ein Ende zu setzen und die Minderheitenprobleme der Tschechoslowakei grundsätzlich zu ändern, und zwar nach den Grundsätzen der Nationalität und dem Recht der Selbstbestimmung.

Der neue Kapitän des „Wilhelm Gustloff". Zum Nachfolger des auf hoher See einem Herzschlag erlegenen Kapitäns Luebbe wurde Kapitän Walter Petersen zum Kapitän des KdF-Schiffes „Wilhelm Gustloff" ernannt. Kapitän Petersen übernimmt ab Lissabon das Kommando des Kraft-durch-Freude-Schiffes.